

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig

Schließfach 399

Fernsprecher Nr. 2367

Neue Anschrift:
HANNOVER, GEORGSTR. 33/II

spd, Nr. 28 - 16.10.46

Die SPD soll führen

Das Ergebnis der Wahlen in der britischen Zone hat die Sozialdemokratische Partei nicht überrascht, wenngleich es erfreulicher ausgefallen ist als erwartet werden konnte. Es war nach dem Verlauf des Naziregimes mittlerweile deutlich geworden, dass die politisch aktiven Massen ihre Hoffnung auf die SPD setzen und daß die Grundsätze der SPD, wie sie insbesondere in den zahlreichen Erklärungen des Vorsitzenden der Partei zum Ausdruck gekommen waren, die Zustimmung des Teiles des deutschen Volkes gefunden haben, der den Weg aus dem Chaos der Gegenwart in einem beharrlichen wenn auch schrittweise Vorwärtsschreiten zu einem konstruktiven Neubau Deutschlands zu gehen willens ist. In diesem Sinne nimmt die Partei das Votum des Volkes entgegen, wie es in dem Ergebnis der ersten Wahl in der britischen Zone zum Ausdruck gekommen ist.

Es waren Kommunalwahlen, die noch keinen ausgesprochen politischen Akzent hatten. Dieser Umstand hat mit dazu beigetragen, daß die Abgrenzung der Parteien voneinander nicht mit der Deutlichkeit vorgenommen wurde, die eine ausschließlich politische Entscheidung verlangen und erbringen müßte, wie sie etwa bei Wahlen zu den Landtagen zum Ausdruck kommen dürfte, die im kommenden Frühjahr zu erwarten sind. Immerhin ist klar, daß die SPD die stärkste Partei in der britischen Zone ist und über die meisten Anhänger verfügt. Daß die Zahl der Sitze, die die Partei in den Stadt- und Kreisparlamenten errang, niedriger ist als die Zahl der Mandate, die der CDU zufielen, obwohl sie nur eine geringere Stimmenzahl erhielt, liegt an dem Wahlsystem, das in der britischen Zone durch die Militärregierung dekretiert wurde.

Das ändert nichts an der Tatsache, daß sich mehr Menschen zur SPD als zur CDU bekannten. Das ist das politische Faktum und das wesentliche Ergebnis dieser ersten Wahlentscheidung.

Es ist die Folge des Wahlsystems, daß die SPD nicht in der Lage ist, überall in der Zone die Führung zu übernehmen, die ihr zukommt. Wo sie die Mehrheit hat, wird sie sich nicht scheuen, die Verantwortung zu übernehmen. Sie weiß was sie will und jedermann darf überzeugt sein, daß sie auch wollen wird, was ihr Ziel ist, wenn sie nur die Möglichkeit dazu hat. (Die politischen Ziele, die die SPD in diesem Wahlkampf vertreten hat, waren ihr niemals Gegenstand leerer Deklamationen. Der Sozialismus, der in Deutschland Wirklichkeit werden soll, kann vielfach auch in den kommunalen Körperschaften realisiert werden. Die Partei wird dabei zur Zusammenarbeit mit allen denen bereit sein, die wirklich guten Willens sind, an einem echten Neubau des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in Deutschland mitzuarbeiten. Nur das muß klar sein, daß sich die Sozialdemokratie nicht von ihrem Wege abdrängen lassen wird, den sie mit ihrer Neugründung nach dem Nazizusammenbruch betreten hat und von dem sie nicht abweichen wird, nicht nach rechts und nicht nach links. Die Kölner Deklaration vom 25. September 1946 hat eindeutig gesagt, daß die SPD "nicht willens ist, die politische Verantwortung für Zustände zu tragen, die ihr aufgezwungen werden". Noch gibt es in Deutschland keine wirkliche Demokratie, weder im Osten noch im Westen. Die Wahlen haben aber die Voraussetzungen für ein demokratisches Regime geschaffen, das auf der Selbstverantwortung der Deutschen beruht und das die demokratischen Kräfte zu entwickeln geeignet ist, die in Deutschland heute lebendig sind. Es liegt an den Besatzungsmächten, nun in den Gemeinden und Kreisen der Zonen, in denen freie Wahlen stattgefunden haben, eine freie demokratische Verwaltung zu ermöglichen. Nicht zuletzt von dem Maß an Handlungsfreiheit wird es abhängen, wie weit die Sozialdemokraten das tun können, was nötig ist, nämlich dem Sozialismus die Bahn zu brechen. Er ist die Voraussetzung jeglichen deutschen Lebens in der Zukunft.

m/2/1610/2/hs

Der "Observer" zu den SPD-Forderungen

=====

Der Londoner "Observer" befasst sich mit dem Manifest des SPD-Vorstandes in Köln und schreibt dazu: "Der Beschluss der SPD in der britischen Zone, sich von allen Regierungs- und Verwaltungsposten zurückzuziehen, sofern das von ihr ausgearbeitete Neunpunkte-Programm von der Besatzungsmacht nicht angenommen wird, kommt für niemand überraschend, der die gefährliche Entwicklung der Lage in der Zone während der letzten sechs Monate beobachtet hat. Zwei Punkte müssen hervorgehoben werden:

Der Beschluss darf erstens nicht als leere Drohung betrachtet werden. Der Wunsch der SPD, sich der Mitverantwortung für die gegenwärtige Lage zu entziehen, ist ernst. Eine starke Minorität innerhalb der Partei wünscht sogar, dass man sich sofort und bedingungslos in die Nichtzusammenarbeit zurückziehe. Zweitens: Der Beschluss ist nur zum Teil eine Parteimassnahme, deren Spitze sich gegen andere deutsche Parteien richtet. Von den neun festgelegten Punkten umfassen mindestens sechs (nämlich Punkt 3 bis 8) nationale, und nicht reine Parteiforderungen, und die deutschen Sozialdemokraten, die in ihrer grossen Mehrheit keineswegs einer Zusammenarbeit mit England abgeneigt oder gar feindlich gegen uns eingestellt sind, dürften wohl das Gefühl haben, dass diese Forderungen mächtige Waffen in weniger verantwortungsbewussten Händen werden können, wenn sie sie sich selbst zueigen machen.

Wie dem auch sei, die Lage, in die uns das Manifest versetzt, ist unangenehm. Wir können uns nicht gut den Anschein geben, Drohungen nachzugeben - ganz abgesehen davon, dass es nicht in unserer Macht steht, die sozialdemokratischen Forderungen sämtlich allein zu erfüllen. Wir wünschen andererseits aber auch auf keinen Fall eine der wirklich wenigen starken und konstruktiven politischen Kräfte Deutschlands in eine unfruchtbare Opposition zu treiben. Die Lösung liegt vielleicht in der Richtung, die bereits von den Amerikanern in ihrer Zone eingeschlagen wurde, d.h. den Deutschen selbst weit grössere Verantwortung einzuräumen. Die beste Antwort auf ihre ungeduldige Kritik ist vielleicht die: "Versucht es doch selbst!"

m/Blo/1610/1/he -----

Die Internationale der religiösen Sozialisten

=====

Ein Programm gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung

Ende September fand in Konolfingen bei Bern in der Schweiz die erste internationale Tagung der religiösen Sozialisten nach dem Kriege statt. Vertreter von neun Nationen, darunter aus Deutschland, waren anwesend.

Auf dieser Konferenz wurde folgende Entschliessung gefasst:

Als Christen und Sozialisten glauben wir an die biblische Botschaft vom Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit für die Erde. Wir sehen den Willen Gottes auch in der Welt und möchten uns ihm zur Verfügung

stellen. In Gehorsam gegen diesen Willen Gottes verurteilen wir die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaftsordnung, welche sich gründet auf die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die notwendig zu Klassengegensätzen führt und deren letzter Sinn der Profit ist, und wir fordern eine neue sozialistische Ordnung, in der die Gotteskindschaft und -bruderschaft aller Menschen zur Geltung kommt.

Um in dieser neuen Gesellschaft die Überlegenheit der geistig-sittlichen Werte zu sichern und die gottgewollte Würde des Menschen zu wahren, müssen die Produktionsverhältnisse so gestaltet werden, dass der Mensch nicht mehr ihr Sklave ist, wie es noch in den meisten Ländern der Fall ist.

Nur eine sozialistische Demokratie wird der Menschheit erlauben, die kapitalistische Ungerechtigkeit zu überwinden und wird die volle Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit ermöglichen.

Diese Demokratie erfordert in erster Linie:

- 1.) dass die Produktionsmittel, die der kapitalistischen Ausbeutung dienen, vergesellschaftet werden,
- 2.) dass die Produktion entsprechend den Bedürfnissen des Konsums und nicht der Profitsucht geregelt werde,
- 3.) dass die ungeheuren Produktionsmöglichkeiten der modernen Technik allen Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu gute kommen,
- 4.) dass die Arbeit aufhöre, eine Ware zu sein und stattdessen Sozialdienst nach Massgabe der Leistung eines jeden werde.

Wir Christen und Sozialisten dürfen nicht ruhen, bis diese Ziele verwirklicht sind.

b/B12/410/1/he -----

Die schuldige Reichsregierung
=====

Ein alter Diplomat, einen der wenigen noch lebenden seiner Profession, die schon im Kaiserreich einen selbständigen Posten bekleideten, äusserte sich uns gegenüber in einem interessanten Brief zu einigen Besonderheiten der Schuldfrage von Nürnberg, vor allem auch in Hinblick auf die Freisprechung der Reichsregierung als einer Organisation.

Er erinnert zunächst daran, dass er mit Neurath zusammen als junger Assessor im Auswärtigen Amt war und "seine unglückliche Entwicklung von einem ursprünglich recht netten, wenn auch intellektuell unterdurchschnittlichen jungen Mann zu einem erzeiggeschwellten und unwahrhaftigen, von torichten Adelstücken beherrschten und schliesslich über Leichen gehenden Nazi" verfolgt habe. Dieser Mann hielt

in übrigen die drei Freisprüche für verfehlt. Fritzsche sei verhältnismässig uninteressant. Der Freispruch Papens aber sieht er als "geradezu gefährlich" an, den von Schacht, von dem er allerdings positiv weiss, dass er schon ziemlich früh innerlich dem Nazismus abgeschworen hat, auch "wenn da wirklich ausländische hochkapitalistische Einflüsse mitgewirkt haben, was ja wahrscheinlich ist", - Ich bin also sehr damit einverstanden, dass die SPD die Prozessierung der drei Genannten vor einem deutschen Gericht verlangt.

Schacht ist m.Erachtens auch noch in einem anderen Zusammenhang zu verfolgen, nämlich nicht nur als Einzelmensch, sondern ausserdem als Mitglied des Kabinetts. Und damit komme ich zu einer weiteren Bemerkung, nämlich, dass ich auch die Freisprechung der Reichsregierung als Gesamtheit (Organisation) für höchst anfechtbar ansehe. Begründung: Es ist klar, dass in reinen Ressortfragen nicht jedes Kabinettsmitglied für die Beschlüsse des Gesamtkabinetts haftbar zu machen ist. Wenn z.B. den Kriegsminister eine neue Briefmarkenserie, die der Postminister herausgeben will, nicht gefallt, er aber in Kabinett überstimmt wird und der Postminister Recht bekommt, so braucht der Kriegsminister darum nicht den Abschied zu nehmen. Wenn aber das Kabinett Beschlüsse fasst, die z.B. die gesamte Rechtsprechung aufheben, das Land als Rechtsstaat aus der Reihe der zivilisierten Staaten streichen und somit Leben und Eigentum jedes Bürgers reiner Willkür überantworten, so ist das keine "Ressortangelegenheit" mehr, sondern eine Massnahme, für die jedes einzelne Kabinettsmitglied mit haftbar ist. Solche Beschlüsse sind aber bereits ganz früh, schon in den Jahren 1933 und 1934 gefasst worden: einmal nach dem Reichstagsbrandprozess, als nach der lächerlichen Farce des Verfahrens die Presse Order bekam, nichts mehr über die ganze Sache zu veröffentlichen, damit jede öffentliche Diskussion über die Ordnungsmässigkeit des Prozesses ausgeschaltet blieb, so dann aber vor allem nach dem sog. Röhm-Mutsch, in dessen Verlauf eine ganze Reihe völlig unschuldiger Personen privaten Racheakten unterer Nazis zum Opfer fielen, trotzdem aber am nächsten Tag ein Gesetz (oder eine Verfügung) erlassen wurde, das alle Akte des 30. Juni 1934 für "legal" erklärte und auch in diesem Falle jede weitere Erörterung der Angelegenheit in der Presse verbot. Damit war offiziell von oberster Stelle in Reich das Recht in Deutschland abgeschafft und an seine Stelle reine Willkür gesetzt worden. Dafür ist jedes Kabinettsmitglied, das trotzdem im Kabinett verblieb, dem deutschen Volk verantwortlich; das war keine "Ressortangelegenheit". Der bekannte Ausspruch eines der Herren, es sei unter Hitler nicht möglich gewesen, einfach wegzugehen, wenn einem etwas nicht passte, es sei nicht möglich gewesen, aus einem in Fahrt befindlichen Eisenbahnzug hinauszuspringen! gilt nicht. Diejenigen Minister, die das Unrecht erkannten, mussten "hinausspringen"; dazu sind sie Minister, dazu stehen sie an der Spitze, "noblesse oblige". Und wenn drei oder vier von ihnen resolut protestiert und in Falle der Ablehnung ihres protestes abgegangen wären, so hätte das zu damaliger früher Zeit voraussichtlich einen Erfolg gehabt und für später manches abgewendet. Der Einwurf, der 20. Juli 1944 bewiese ja, dass man nichts gegen Hitler unternehmen konnte, zieht nicht. Anno 44 war es allerdings zu spät. Aber anno 35 oder 36 konnte Hitler es sich noch nicht leisten, ein Viertelutzend seiner Minister einfach zu liquidieren, wie das später mit Generälen und Marschällen am laufenden Bande geschehen ist. Und schliesslich: wenn den Herren auch etwas passiert wäre, ja, dafür waren sie ja Minister und hatten die Pflicht, sich für das Volk zu opfern, um einen rechtlosen Zustand, der später Millionen opferte, ein Ende zu bereiten.

m/-/1/1610/he-

Das gemischte Wahlsystem

Erläuterungen zu den Wahlen in der britischen Zone

Die Wahlen in der britischen Zone haben insgesamt das merkwürdige Ergebnis gezeitigt, daß die SPD zwar die größte Stimmenzahl erhielt, die CDU jedoch mehr Mandate errang. Solche Beispiele lassen sich aus jedem Kreise und jeder Gemeinde der britischen Zone anführen. Sie sind zum Teil weit grotesker als die Gesamtübersicht über das Zonenergebnis. Das hängt mit dem Wahlsystem zusammen. In den Gemeinden und Kreisen wird danach eine bestimmte Zahl von Kandidaten gewählt, zum größten Teil in direkter Wahl, zu einem kleineren Teil auf einer Reserveliste. Die Gemeinden sind in Wahlbezirke aufgegliedert worden. In jedem Wahlbezirk wurde eine bestimmte Zahl von Kandidaten gewählt, beispielsweise 3. Jede Partei stellte nun für diesen Bezirk 3 Kandidaten auf, und jeder Wähler konnte auf seinem Stimmzettel, der also 12 - 15 oder mehr Namen enthielt, 3 Kandidaten ankreuzen. Der Wähler hatte also 3 Stimmen abzugeben. Die drei Kandidaten, die die meisten Stimmen hatten, galten als gewählt. Die Stimmen der übrigen Kandidaten fielen der Reserveliste zu, auf der Kandidaten ihrer Partei standen. Niemand konnte gleichzeitig direkt und auf der Reserveliste kandidieren. Auch die Mehrstimmen der gewählten Kandidaten fielen der Reserveliste zu, das waren die Stimmen, die über der Stimmenzahl des höchsten nicht gewählten Kandidaten lagen. Die Stimmen aller Kandidaten einer Partei wurden zusammengezählt und die Summe der betreffenden Partei für die Reserveliste gutgeschrieben. Dort wurden die Sitze nach einem bestimmten Modus im Verhältnis der Stärke der Parteien zueinander verteilt.

Dieses System brachte es mit sich, daß zum Beispiel in einem Landkreise die SPD jeweils nahezu an die Stimmenzahl eines noch gewählten Kandidaten heranreichte, ohne ihn jedoch vollkommen zu erreichen. Mit hin fielen diese Stimmen der Reserveliste zu, wo sie mit verrechnet wurden, wo jedoch der Prozentsatz der Stimmen sehr viel höher liegen mußte als bei der direkten Wahl.

m/2/1610/2/hs

Hilfe für die Flüchtlinge

Beratungen im Hannoverschen Landtag

Die Selbsthaftmachung und die Befriedigung des notwendigen Bedarfes der Flüchtlinge sind die beiden hauptsächlichen Forderungen, die eine wirksame Hilfe für die Flüchtlinge erstreben. Im Flüchtlingsausschuß des Hannoverschen Landtages sind diese beiden Aufgaben als die vor- dringlichsten herausgestellt worden. Ohne ein Gesetz, so wurde fest- gestellt, wird eine Ansiedlung der Flüchtlinge nicht möglich sein. Es muß landwirtschaftlich nutzbarer Boden zur Verfügung gestellt werden, und der Widerstand der Besitzenden muß überwunden werden können. Das wurde auch im Blick auf die Regelung der Wohnungsfrage verlangt. Der Vertreter der SPD forderte die Freigabe der Lagerbestände der Industrie an Hausrat und Kleidung. Die Pensionäre unter den Flüchtlingen sollen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft oder Verwaltung gleichmäßig behandelt